

GESCHÄFTSORDNUNG

Seite 1 von 12

für den Aufsichtsrat der HOCHTIEF Aktiengesellschaft (Fassung vom 23.02.2022)

Der Aufsichtsrat gibt sich folgende Geschäftsordnung:

Kodex D.1

1. Allgemeines

Der Aufsichtsrat führt seine Geschäfte nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung und dieser Geschäftsordnung.

2. Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters

(1) Der Aufsichtsrat wählt im Anschluss an die Hauptversammlung, in der die Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre neu gewählt worden sind, in einer Sitzung, zu der es einer besonderen Einladung nicht bedarf, nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes für die Dauer seiner Amtszeit aus seiner Mitte den Aufsichtsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter. Bei der Wahlhandlung führt das nach Lebensjahren älteste Aufsichtsratsmitglied den Vorsitz.

§ 11 Abs. 1
Satzung

(2) Scheidet der Aufsichtsratsvorsitzende oder sein Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus diesem Amt aus, so hat auf Antrag eines Aufsichtsratsmitglieds unverzüglich vor anderen Beschlüssen des Aufsichtsrats eine Neuwahl für den Ausgeschiedenen zu erfolgen.

§ 11 Abs. 2
Satzung

3. Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden

(1) Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Tätigkeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr.

(2) Der Aufsichtsratsvorsitzende hält zwischen den Sitzungen mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance des Unternehmens.

Kodex D.6

Der Aufsichtsratsvorsitzende wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden des Vorstands informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet sodann erforderlichenfalls den Aufsichtsrat und beruft gegebenenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

(3) Der Aufsichtsratsvorsitzende soll unabhängig von der Gesellschaft und vom Vorstand sein.

Kodex C.10

4. Einberufung

(1) Die Sitzungen des Aufsichtsrats sollen durch den Aufsichtsratsvorsitzenden mindestens 14 Tage vor dem Tag der Sitzung schriftlich, durch Telefax oder mittels elektronischer Medien einberufen werden. In dringenden Fällen kann der Aufsichtsratsvorsitzende diese Frist angemessen verkürzen und auch mündlich oder fernmündlich einberufen. Mit der Einladung sind die Gegenstände der Tagesordnung mitzuteilen. Beschlussanträge zu Gegenständen der Tagesordnung sollen noch vor der Sitzung mitgeteilt werden, um eine schriftliche Stimmabgabe durch abwesende Mitglieder des Aufsichtsrats zu ermöglichen. Zu Gegenständen der Tagesordnung, die nicht rechtzeitig mitgeteilt worden sind, kann nur beschlossen werden, wenn kein Mitglied des Aufsichtsrats dem Verfahren widerspricht. Abwesenden Mitgliedern ist in einem solchen Fall innerhalb einer vom Aufsichtsratsvorsitzenden zu bestimmenden angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, der Beschlussfassung zu widersprechen; der Beschluss wird erst wirksam, wenn kein abwesendes Mitglied innerhalb der Frist widersprochen hat.

§ 12 Abs. 1 und 2
Satzung

(2) Bei Bedarf werden die Vertreter der Aktionäre und der Arbeitnehmer die Sitzungen des Aufsichtsrats jeweils gesondert, gegebenenfalls mit Mitgliedern des Vorstands, vorbereiten.

5. Sitzungen und Beschlussfassung

(1) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben überreichen lassen. Als schriftliche Stimmabgabe gilt auch eine durch Telefax oder mittels elektronischer Medien übermittelte Stimmabgabe.

§ 13 Abs. 1
Satzung

(2) Nimmt an einer Beschlussfassung nicht eine gleiche Zahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre und Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer teil oder nimmt der Vorsitzende des Aufsichtsrats nicht teil, so ist auf Verlangen von zwei Aufsichtsratsmitgliedern die Beschlussfassung zu vertagen. Bei der folgenden Beschlussfassung über denselben Gegenstand ist eine Vertagung auf Antrag einer Minderheit nicht zulässig.

§ 13 Abs. 2
Satzung

(3) Die Vorstandsmitglieder nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil, sofern der Aufsichtsrat im Einzelfall nichts anderes beschließt. An Beratungen über Vorstandsangelegenheiten soll im Regelfall und soweit zweckdienlich nur der Vorsitzende des Vorstands teilnehmen.

§ 13 Abs. 3
Satzung
Kodex D.7

(4) Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz keine andere Mehrheit vorschreibt. Ergibt eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit, so findet in derselben Sitzung eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand statt, sofern nicht der Aufsichtsratsvorsitzende eine Vertagung um höchstens zwei Wochen anordnet. § 29 Abs. 2 MitbestG findet Anwendung.

§ 14 Abs. 1
Satzung

(5) Der Aufsichtsratsvorsitzende bestimmt das Verfahren und den Ablauf sowie die Art der Abstimmung.

§ 14 Abs. 2
Satzung

(6) Über die Sitzungen des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift anzufertigen, die der Sitzungsvorsitzende zu unterzeichnen hat.

§ 14 Abs. 3
Satzung

(7) Außerhalb von Sitzungen können auf Anordnung des Aufsichtsratsvorsitzenden Beschlussfassungen mündlich, fernmündlich, schriftlich, durch Telefax, durch E-Mail oder mittels sonstiger gebräuchlicher Telekommunikationsmittel, insbesondere per Videokonferenz, erfolgen. Ein Widerspruchsrecht der Mitglieder des Aufsichtsrats besteht nicht. Bei Beschlussfassungen außerhalb von Sitzungen ist die Niederschrift vom Aufsichtsratsvorsitzenden zu unterzeichnen und unverzüglich allen Mitgliedern zuzuleiten.

§ 12 Abs. 3
Satzung

(8) Der Aufsichtsrat soll eine Wiederbestellung von Vorstandsmitgliedern vor Ablauf eines Jahres vor dem Ende der Bestelldauer bei gleichzeitiger Aufhebung der laufenden Bestellung nur bei Vorliegen besonderer Umstände vornehmen. Weiterhin soll der Aufsichtsrat eine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder festlegen.

Kodex B.4, B.5

6. Ausschüsse

(1) Der Aufsichtsrat bildet aus seiner Mitte einen Nominierungsausschuss (Ziff. 6 Abs.2), einen Personalausschuss (Ziff. 6 Abs. 3), einen Prüfungs-/ Nachhaltigkeitsausschuss (Ziff. 6 Abs.4) und einen Ausschuss nach § 27 Abs. 3 MitbestG (Ziff. 6 Abs. 5). Die Wahl ihrer Mitglieder erfolgt in der in Ziff. 2 Abs. 1 Satz 1 genannten Sitzung des Aufsichtsrats. Weitere Ausschüsse werden bei Bedarf gebildet.

§ 16 Abs. 1
und 2
Satzung

(2) Der Nominierungsausschuss hat die Aufgabe, dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung zu Wahlen zum Aufsichtsrat geeignete Kandidaten vorzuschlagen. Der Nominierungsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und zwei Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Vorsitzender des Nominierungsausschusses.

(3) Der Personalausschuss bereitet die Personalentscheidungen des Aufsichtsrats vor. Der Personalausschuss beschließt anstelle des Aufsichtsrats – mit Ausnahme der Regelungen zu den Bezügen – über eine Änderung der Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstands, sonstige Rechtsgeschäfte gegenüber Vorstandsmitgliedern nach § 112 AktG, die Zustimmung zu wesentlichen Geschäften gemäß Grundsatz 6 des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Einwilligung zu anderweitigen Tätigkeiten eines Vorstandsmitglieds nach § 88 AktG sowie die Zustimmung zu sonstigen Nebentätigkeiten, insbesondere zur Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten und Mandaten in vergleichbaren Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen außerhalb des Konzerns, die Gewährung von Darlehen an den in §§ 89, 115 AktG genannten Personenkreis sowie die Zustimmung zu Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Der Personalausschuss berät regelmäßig über die langfristige Nachfolgeplanung für den Vorstand. Dabei berücksichtigt er die Führungskräfteplanung der Gesellschaft.

§ 16 Abs. 2
Satzung
Kodex Grundsatz 6

Der Personalausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und je drei Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre und der Arbeitnehmer. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Vorsitzender des Personalausschusses.

(4) Der Aufsichtsrat richtet einen Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss (Audit Committee) i.S.d. § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG ein, der sich insbesondere mit der Prüfung der Rechnungslegung, der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionssystems und dem Compliance Management System sowie der Abschlussprüfung, hier insbesondere der Auswahl und der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie der Qualität der Abschlussprüfung und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen, befasst. Der Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss kann Empfehlungen oder Vorschläge zur Gewährleistung der Integrität des Rechnungslegungsprozesses unterbreiten. Der Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss legt dem Aufsichtsrat eine begründete Empfehlung für die Wahl des Abschlussprüfers vor, die in den Fällen der Ausschreibung des Prüfungsmandats mindestens zwei Kandidaten umfasst. Der Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss befasst sich darüber hinaus mit der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung. Außerdem befasst sich der Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss mit relevanten Themen aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance. Dies schließt insbesondere (im Sinne einer nicht abschließenden Aufzählung) folgende Themenbereiche ein: Klima, Energie, Menschenrechte, IT/Cybersecurity, Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Diversität.

Kodex D.3

Halbjahres- und Quartalsfinanzberichte müssen vom Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert werden, soweit nicht diese Erörterung durch den Aufsichtsrat erfolgt.

Der Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss soll regelmäßig eine Beurteilung der Qualität der Abschlussprüfung vornehmen.

Kodex D.11

Der Vorsitzende des Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschusses soll über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen sowie mit der Abschlussprüfung vertraut sein. Er soll unabhängig von der Gesellschaft und vom Vorstand sein. Der Aufsichtsratsvorsitzende soll nicht den Vorsitz im Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss innehaben.

Kodex D.4, C.10

Der Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss besteht aus je vier Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre und der Arbeitnehmer.

(5) Unmittelbar nach der Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters bildet der Aufsichtsrat zur Wahrnehmung der in § 31 Abs. 3 Satz 1 MitbestG bezeichneten Aufgabe einen Ausschuss, dem der Aufsichtsratsvorsitzende, sein Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder angehören, von denen eines von den Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre und eines von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wird.

§ 16 Abs. 1
Satzung

(6) Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.

(7) Für die Aufsichtsratsausschüsse gelten, soweit gesetzlich zulässig, die Bestimmungen der vorstehenden Ziff. 2, 4 und 5 entsprechend.

§ 16 Abs. 3
Satzung

7. Zustimmungspflichtige Geschäfte

(1) Der Vorstand bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrats

Kodex Grundsatz 6

- a) zum Erwerb, zur Veräußerung und zur Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten des Anlagevermögens, sofern der Wert im Einzelfall 80 Mio. Euro übersteigt,
- b) zum Erwerb, zur Veräußerung und zur Belastung von Anteilen an Unternehmen außerhalb des projektbezogenen Geschäftsverkehrs, sofern der Wert im Einzelfall 80 Mio. Euro übersteigt,
- c) zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder ähnlichen Haftungen sowie zur Gewährung von Darlehen und sonstigen Krediten außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs,
- d) zur Begebung von Anleihen,

Die Zustimmung nach Ziff. 7 Abs. 1. a), b) und c) ist nicht erforderlich für Geschäfte mit verbundenen Unternehmen.

8. Abschlussprüfung

(1) Der Aufsichtsrat bzw. der Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschuss holt vor Unterbreitung des Wahlvorschlags an die Hauptversammlung eine Erklärung des vorgesehenen Abschlussprüfers ein, ob und gegebenenfalls

welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und der Gesellschaft und ihren Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung hat sich auch darauf zu erstrecken, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für die Gesellschaft, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Aufsichtsrat vereinbart mit dem Abschlussprüfer, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrats und des Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschusses über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet wird, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden.

(2) Der Aufsichtsrat vereinbart mit dem Abschlussprüfer, dass dieser ihm über alle für seine Aufgaben wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die bei der Durchführung der Abschlussprüfung zu seiner Kenntnis gelangen.

Kodex D.9, D.10

Der Aufsichtsrat vereinbart mit dem Abschlussprüfer, dass dieser ihn informiert und im Prüfungsbericht vermerkt, wenn er bei der Abschlussprüfung Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Kodex ergeben.

(3) Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Prüfungs-/Nachhaltigkeitsausschusses erhalten Ausfertigungen bzw. Abschriften der Prüfungsberichte des Konzerns und der HOCHTIEF Aktiengesellschaft zur Vorbereitung der Sitzungen, in denen die Prüfung oder Billigung der jeweiligen Konzern- oder Einzelabschlüsse der Gesellschaft behandelt wird (Bilanzaufsichtsratssitzung). Diese Ausfertigungen bzw. Abschriften werden rechtzeitig – in der Regel 11 bis 12 Tage – vor der Bilanzaufsichtsratssitzung zur Verfügung gestellt und nach Beendigung der Bilanzaufsichtsratssitzung an den Vorstand zurückgereicht.

9. Zusammensetzung des Aufsichtsrats

(1) Der Aufsichtsrat ist so zusammenzusetzen, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und die gesetzliche Geschlechterquote eingehalten wird. Der Aufsichtsrat soll für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennen und ein Kompetenzprofil für das Gesamtgremium erarbeiten. Dabei soll der Aufsichtsrat auf Diversität achten. Vorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung sollen diese Ziele berücksichtigen und gleichzeitig die Ausfüllung des Kompetenzprofils für das Gesamtgremium anstreben. Der Stand der Umsetzung soll in der (jährlichen) Erklärung zur Unternehmensführung veröffentlicht werden. Diese soll auch über die nach Einschätzung der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat angemessene Anzahl unabhängiger Anteilseignervertreter und die Namen dieser Mitglieder informieren.

Kodex C.I

Kodex Grundsatz 11

Zur Wahl als Mitglied des Aufsichtsrats sollen in der Regel nur Personen vorgeschlagen werden, die nicht älter als 80 Jahre sind.

Kodex C.2

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Die Gesellschaft soll die Mitglieder des Aufsichtsrats bei ihrer Amtseinführung sowie den Aus- und Fortbildungsmaßnahmen angemessen unterstützen und über durchgeführte Maßnahmen im Bericht des Aufsichtsrats berichten.

Kodex D.12

(2) Dem Aufsichtsrat soll auf Anteilseignerseite eine nach deren Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören; dabei soll die Eigentümerstruktur berücksichtigt werden.

Kodex C.6 ff.

Ein Aufsichtsratsmitglied ist im Sinne dieser Regelung als unabhängig anzusehen, wenn es unabhängig von der Gesellschaft und deren Vorstand und unabhängig von einem kontrollierenden Aktionär ist.

Dem Aufsichtsrat sollen nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands angehören, was bei Wahlvorschlägen für die Hauptversammlung zu berücksichtigen ist. Aufsichtsratsmitglieder sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der Gesellschaft ausüben und nicht in einer persönlichen Beziehung zu einem wesentlichen Wettbewerber stehen.

Kodex C.11, C.12

(3) Wahlen der Anteilseignervertreter zum Aufsichtsrat werden als Einzelwahl durchgeführt.

Kodex C.15

Ein Antrag eines Aufsichtsratsmitglieds auf gerichtliche Bestellung eines zusätzlichen Aufsichtsratsmitglieds hat bis zur nächsten Hauptversammlung befristet zu sein.

(4) Vorstandsmitglieder dürfen vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Ende ihrer Bestellung nicht Mitglied des Aufsichtsrats werden, es sei denn ihre Wahl erfolgt auf Vorschlag von Aktionären, die mehr als 25 % der Stimmrechte an der Gesellschaft halten.

(5) Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht.
Ein Aufsichtsratsmitglied, das keinem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehört, soll insgesamt nicht mehr als fünf Aufsichtsratsmandate bei konzernexternen börsennotierten Gesellschaften oder vergleichbare Funktionen wahrnehmen, wobei ein Aufsichtsratsvorsitz doppelt zählt.

Kodex C.4, C.5

Wer dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehört, soll insgesamt nicht mehr als zwei Aufsichtsratsmandate in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften oder vergleichbare Funktionen und keinen Aufsichtsratsvorsitz in einer konzernexternen börsennotierten Gesellschaft wahrnehmen.

10. Transparenz

(1) Die Mitglieder des Aufsichtsrats teilen eigene Geschäfte mit HOCHTIEF-Aktien, HOCHTIEF-Anleihen oder hierauf bezogenen Finanzinstrumenten gemäß den Regelungen der EU-Marktmissbrauchsverordnung unverzüglich der Gesellschaft mit, damit diese die Mitteilung innerhalb von 3 Werktagen (einschließlich Samstage) nach dem Geschäftsabschluss veröffentlichen kann. Die Mitglieder des Aufsichtsrats wirken auch auf entsprechendes Verhalten von in enger Beziehung zu ihnen stehenden Personen (im Sinne der Verordnung) hin.

(2) Jedes Aufsichtsratsmitglied legt Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehen können, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats gegenüber offen.

Kodex E.1

(3) Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats wird bei wesentlichen und nicht nur vorübergehen-

Kodex E.1

den Interessenkonflikten in seiner Person das Mandat niederlegen, sofern ein wichtiger Grund zur Niederlegung besteht.

(4) Im Bericht des Aufsichtsrats soll angegeben werden, an wie vielen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse die einzelnen Mitglieder jeweils teilgenommen haben. Als Teilnahme gilt auch eine solche über Telefon- oder Videokonferenzen; diese sollte aber nicht die Regel sein.

Kodex D.8

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen möglichst an allen ordentlichen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse, deren Mitglied sie sind, teilnehmen.

11. Informationsordnung

(1) Regelberichte an den Aufsichtsrat nach § 90 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 AktG

Mindestens einmal jährlich berichtet der Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung der Gesellschaft und des Konzerns. Dieser Bericht enthält die Schwerpunkte der geplanten Geschäftsführung des Vorstands. Dazu gehören insbesondere die Erläuterung der beabsichtigten Entwicklung und strategischen Ausrichtung des Konzerns, die Darstellung der Finanz- und Bilanzpolitik für den Konzern und die Unternehmensbereiche und die Erläuterung von Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von früher berichteten Zielen unter Angabe von Gründen. Über diese Themen muss außerdem unverzüglich berichtet werden, wenn Änderungen der Lage oder neue Fragen eine unverzügliche Berichterstattung gebieten. Die Unternehmensplanung, die der Vorstand vor Beginn eines Geschäftsjahres vorlegt, enthält insbesondere einen Ergebnisplan, einen Investitionsplan, einen Finanzplan und einen Personalplan für den Konzern und die Unternehmensbereiche für das kommende Geschäftsjahr sowie eine Vorschau auf die beiden darauffolgenden Geschäftsjahre.

§ 90 AktG

Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss und den Konzernabschluss (sog. Bilanzsitzung) berichtet der Vorstand über die Rentabilität der Gesellschaft und des Konzerns, insbesondere über die Rentabilität des Eigenkapitals. In diesem Bericht ist – jeweils in Gegenüberstellung zum Vorjahr und zur Planung – die Ertragskraft des Konzerns insgesamt und der einzelnen Konzernbereiche auf der Grundlage aussagekräftiger Rentabilitätskennzahlen zu erläutern.

Regelmäßig, mindestens vierteljährlich, berichtet der Vorstand über den Gang der Geschäfte, insbesondere den Umsatz und die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Dabei ist über die aktuelle Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage, die Personalentwicklung und wesentliche Risiken des Konzerns und einzelne Konzernbereiche sowie Fragen der Compliance zu berichten. Die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr und zur Planung sind zu erläutern.

Die Berichte gemäß dieser Ziff. 11 Abs. 1 sind möglichst rechtzeitig und in der Regel in Textform zu erstatten.

(2) Sonderberichte an den Aufsichtsrat nach § 90 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 AktG

Der Vorstand berichtet über alle Geschäfte, die für die Rentabilität oder Liquidität der Gesellschaft und/oder des Konzerns von erheblicher Bedeutung sein können. Diese Berichte sind in der Regel in Textform und – wenn möglich – so rechtzeitig zu erstatten, dass der Aufsichtsrat vor Vornahme der Geschäfte Gelegenheit hat, zu ihnen Stellung zu nehmen.

(3) Berichte an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats nach § 90 Abs. 1 Satz 3 AktG

Dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats berichtet der Vorstand möglichst rechtzeitig aus sonstigen wichtigen Anlässen. Als wichtiger Anlass ist auch ein dem Vorstand bekannt gewordener geschäftlicher Vorgang bei einem verbundenen Unternehmen anzusehen, der auf die Lage der Gesellschaft von erheblichem Einfluss sein kann.

12. Selbstbeurteilung

Kodex D.13

Der Aufsichtsrat soll regelmäßig beurteilen, wie wirksam der Aufsichtsrat insgesamt und seine Ausschüsse ihre Aufgaben erfüllen. In der (jährlichen) Erklärung zur Unternehmensführung soll der Aufsichtsrat berichten, ob und wie eine Selbstbeurteilung durchgeführt wurde.

13. Verschwiegenheitspflicht

(1) Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben über die ihnen bei ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied bekannt gewordenen Tatsachen, deren Offenbarung die Interessen der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens beeinträchtigen könnte, Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren. Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung ihres Amtes.

Dem Gebot der Schweigepflicht unterliegen insbesondere die Stimmabgabe, der Verlauf der Debatte, die Stellungnahmen sowie sonstige persönliche Äußerungen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder.

(2) Beabsichtigt ein Mitglied des Aufsichtsrats, Informationen an Dritte weiterzugeben, deren Mitteilung nicht offensichtlich zulässig ist, so ist zuvor der Vorsitzende des Aufsichtsrats darüber zu informieren. Wenn dieser der Bekanntgabe nicht zustimmt, hat er die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats hierüber zu unterrichten, und eine unverzügliche Stellungnahme des Aufsichtsrats herbeizuführen. Bis zu dieser Stellungnahme hat das betreffende Aufsichtsratsmitglied über die ihm durch sein Amt bekannt gewordenen Tatsachen Stillschweigen zu bewahren.

(3) Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind bei einem Ausscheiden aus dem Amt verpflichtet, sämtliche vertrauliche Unterlagen wie Schriftstücke, Korrespondenzen, Aufzeichnungen und dergleichen, die sich auf Angelegenheiten der Gesellschaft beziehen und die sich in ihrem Besitz befinden, unverzüglich an die Gesellschaft zu übergeben. Diese Verpflichtung erstreckt sich auch auf Duplikate und Ablichtungen. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats steht kein Zurückbehaltungsrecht an derartigen Unterlagen zu.